

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

56. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 3. Juli 2003

Tagesordnungspunkt 3:

Zweite Beratung und Schlussabstimmung über den von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines **Gesetzes zu dem Vertrag vom 16. April 2003 über den Beitritt der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik zur Europäischen Union** (Drucksachen 15/1100, 15/1200, 15/1300, 15/1301)
4621 :

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Petra Pau.

Petra Pau (fraktionslos):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die PDS im Bundestag hat die EU-Osterweiterung immer grundsätzlich befürwortet – im Unterschied zur Osterweiterung der NATO, die wir für falsch hielten und weiterhin halten.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Das Ob der EU-Osterweiterung war daher nicht unsere Frage, wohl aber das Wie: Wie soll der Beitritt neuer EU-Länder vollzogen werden? Wie und wohin soll sich die Union insgesamt entwickeln?

Die PDS hat immer dafür geworben, dass die EU eine demokratische Sozialunion mit einer friedensbewahrenden Außen- und Sicherheitspolitik wird. In diesem Sinne hat auch die PDS-Abgeordnete Sylvia-Yvonne Kaufmann für die Europäische Linke im Konvent agiert.

Der Konvent hat den Entwurf einer EU-Verfassung vorgelegt. Das ist gebührend gefeiert worden. Wichtiger ist meines Erachtens etwas ganz anderes. Deshalb begrüße ich, dass nach der PDS nun auch die FDP-Fraktion **Volksabstimmungen** über die künftige EU-Verfassung fordert.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Nur so können Bürgerinnen und Bürger die erweiterte EU erschließen und in ihr von Anfang an mitbestimmen. Wer eine erweiterte EU will, der muss auch für diese werben, nicht nur bei fernen Fototerminen, sondern daheim im Alltag.

De facto geschieht allerdings im Moment das Gegenteil. Nehmen wir nur den Metallstreik der letzten Wochen. Es ging um die Angleichung der Lebensverhältnisse Ost an die im Westen. Die Botschaft an die

Streikenden war: Wenn ihr aufmuckt, dann wandern die Arbeitsplätze weiter gen Ost. So wird die osterweiterte EU als Drohung aufgebaut und nicht als Chance, auch für die ostdeutschen Länder.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Zu den Ängsten gehört auch die Frage, ob und wie strukturschwache Gebiete in den neuen Bundesländern durch die EU künftig noch gefördert werden; denn allein dadurch, dass die erweiterte EU noch größere Problemregionen kennt, werden die Sorgen zwischen Thüringen und Rügen nicht kleiner. Die Arbeitsminister in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern, Harald Wolf und Helmut Holter, haben deshalb ein **Innovationsprogramm** für die neuen Bundesländer vorgestellt. Es ist ein Diskussionsangebot der PDS, wie die neuen Bundesländer wirtschaftlich gestärkt und sozial stabilisiert werden können, auch und gerade vor dem Hintergrund der EU-Osterweiterung. Die Reaktion der Bundesregierung darauf: bislang Null. Ich sage: arrogant Null.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nun komme ich noch zu dem seit gestern Abend vorliegenden Antrag der CDU/CSU. Er trägt die Überschrift „Bundesgrenzschutz für die EU-Osterweiterung tauglich machen“. Mit ihm sollen die Sicherheit der Bürger gewahrt und der Schutz vor Kriminalität erhöht werden. So weit, so gut; denn wer in diesem Hause will das nicht? Dann aber kommt das ganze Arsenal der sattsam bekannten bayrischen Instrumente. CDU und CSU wollen den **Bundesgrenzschutz** hochrüsten und seine Befugnisse ausweiten. Sie verdächtigen noch mehr Menschen ohne Anlass, sie schüren das Misstrauen gegen alle, die nicht deutsch aussehen, sie fordern Sondereinsatzrechte auf Flughäfen und Bahnhöfen und sie wollen noch mehr überwachen, im Inland und EU-weit. Sie streben eine europäische Sicherheitsordnung an, die nach allen bisherigen Regelungen weder demokratisch legitimiert noch parlamentarisch kontrollierbar ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, ist Ihnen eigentlich schon einmal aufgefallen, dass Sie namens der EU-Osterweiterung Grenzregimes und Zustände fordern, die Sie zu Ostblockzeiten zu Recht scharf kritisiert haben? Die PDS im Bundestag lehnt das jedenfalls, auch aus Erfahrung klug geworden, ab.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Mein Schlusssatz: Die EU-Osterweiterung naht mit Riesenschritten. Sie darf für die Bürgerinnen und Bürger nicht hereinbrechen oder über sie kommen, sie muss willkommen sein. Dafür gilt es aber, erheblich mehr und anderes zu tun, als bisher, auch durch dieses Parlament, getan wurde. Zugleich darf die EU-Osterweiterung nicht für Interessen missbraucht werden, die einer friedliebenden demokratischen und sozialen EU entgegenwirken.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben noch zwei kürzere Redebeiträge und eine Erklärung zur Abstimmung. Ich bitte Sie, den Lärmpegel ein bisschen zu senken, damit man die Redner verstehen kann.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Dietmar Nietan.